

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
— Sammelübersicht 23 zu Petitionen —
— Drucksache 12/809 —

Der Bundestag wolle beschließen,

die Petition 1-11-12-9311-11001 der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bonn, den 17. September 1991

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Ein Verkehrsclub verfolgt mit der eingereichten Sammelpetition mit ca. 108 000 Unterschriften das Ziel einer Einführung des sogenannten Halb-Preis-Paß-Angebots bei der Deutschen Bundesbahn. Während der umweltschädliche Straßenverkehr durch Steuervergünstigungen für schadstoffarme Autos und weitere Straßenbaumaßnahmen noch gefördert werde, sei das Angebot der umweltfreundlichen Bahn immer unattraktiver geworden.

Der Halb-Preis-Paß sollte so aussehen:

1. Einführung für alle Altersstufen, Maximalpreis 200 DM, damit können alle Fahrkarten ein Jahr lang zum halben Preis gekauft werden.
2. Mitfahrer zahlen die Hälfte, mit Halb-Preis-Paß ein Viertel des Normalpreises.
3. Innerhalb des Bundesgebiets gilt ein Maximalpreis für Rückfahrkarten von 90 DM mit Halb-Preis-Paß (ohne 180 DM).
4. Für Monatskarten im Nahverkehr beträgt der Maximalpreis 50 DM mit Halb-Preis-Paß (ohne 100 DM).
5. Die Halb-Preis-Pässe, die Mitfahrererermäßigung und die Höchstpreise gelten an allen Tagen, in allen Zügen und auf allen Entfernungen.

Die Petenten verweisen auf das bestehende Schweizer Modell. Die entstehenden Einnahmeverluste der Deutschen Bundesbahn müssen vom Bund übernommen werden.

Der Bundesverkehrsminister betrachtet das Anliegen der Petenten vor allem aus deutschlandpolitischer Sicht ausdrücklich als sinnvoll, hält es aber aus finanziellen Gründen für nicht realisierbar.

Die Fraktion der SPD hält das Anliegen für gerechtfertigt. Da eine Realisierung des Vorschlags an der Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Bundesregierung scheitert, will sie eine Überweisung der Petition an die Bundesregierung zur Berücksichtigung des Anliegens.